

Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, Naturforscherverein, Elternabend usw.); die Förderung durch reichsdeutsche Kreis ist hauptsächlich eine moralische und besteht vor allem in der Vereitwilligkeit hervorragender Wissenschaftler zu Gauvorlesungen, die in bedeutendem Umfang stattfinden, und unabhängig vom eigentlichen Betrieb des Instituts von der Herder-Gesellschaft veranlaßt werden. Durch die lebendige Verbindung mit deutschen Gelehrten verliert das gebildete Deutschland Lettland den Zusammenhang mit den geistigen Strömungen des Reiches nicht und wird seinerseits wieder zum Vermittler deutscher Kultur an die baltischen Völker. Außerdem erzielten von Zeit zu Zeit wissenschaftliche Abhandlungen des Herder-Instituts, in denen baltische Probleme der verschiedensten Gebiete behandelt werden.

Dann man bedenkt, daß das Deutschland in Lettland zurzeit insgesamt nur noch 61 000 Köpfe zählt (84 000 davon in Riga), also nicht mehr als eine mittlere deutsche Provinzstadt, so muß die Aufmerksamkeit der Herder-Gesellschaft unvergängliche Bewunderung finden. Nach dem Rückzug der deutschen Armeen galt das Deutschland im Politikum für verloren, und heute, ein halbes Jahrzehnt später, haben diese von völkischen Verantwortungsbewußtsein tiefdringenden Deutschen-Walten ein Kulturmuseum geschaffen, das unter den deutschen Minderheiten im Auslande kaum seinesgleichen findet. Ob freilich eine Einrichtung wie das Herder-Institut auf die Dauer erhalten werden kann, hängt nicht mehr von seinen Gründern ab; das ist eine Frage, über die letzten Endes das kulturpolitische Verständnis des gesamten deutschen Volkes entscheiden wird. Ebenso wie es verfehlt wäre, im Herder-Institut eine Propagandawaffe zu erblicken.

mit der man die jungen selbstbewußten, aber doch sehr anlehnungsbedürftigen Kulturen der Letten und Esten schädigen könnte, ebenso furchtlos wäre es, zu glauben, die Rolle des Deutschlands sei nach dem endgültigen Scheitern politischer Pläne an der Ostsee auch kulturell ausgespielt. Der Tag, an dem das Slaventum wieder um die Seele seiner kleinen Völker wird, die jetzt die wichtigen Ausfuhrbahnen des einzigen Seerreichs beherrschen, wird kommen, und bei aller Achtung vor der nationalen Energie Lettlands und Estlands ist nicht anzunehmen, daß diese schwachen Nationen dem Druck vom Osten her allein standhalten werden. Sie werden sich also, gerade auch kulturell, an ein stärkeres Volkstum anlehnen müssen, und das wird das russische sein, wenn Deutschland von vorneherein auf die letzten Stützpunkte seiner Kultur verzichtet. Die von Estland gewährte Kultur-Autonomie und ähnliche Augenstände Lettlands zeigen, daß man in diesen Ländern viel klarer in die Zukunft blickt als bei uns. Für Deutschland muß es eine Ehrenpflicht sein, daß an seinem Volkstum festhaltende Polentum kulturell zu unterstützen, so weit es nur irgend möglich ist; um so mehr, als damit dem Interesse auch jener Völker gedient ist, denen nur der Chauvinismus der ersten Nachkriegsjahre den Blick dafür trüben konnte, wo die Wurzeln ihrer kulturellen Eigenart liegen. Die Deutsche Akademie, die sich frei von jeder politischen Neubewertung weiß, hat es deshalb lebhaft begrüßt, daß sich im letzten Jahre ganz besonders enge Beziehungen zwischen ihr und dem Herder-Institut angebaut haben; sie werden hoffentlich ihr Teil dazu beitragen, daß das Herder-Institut zu einem festen Grundpfeiler der osteuropäischen Kulturrevolution werden wird.

Der notwendige Ausbau der Handelsflotte.

Eine Veröffentlichung Geheimrat Stimmings.

Berlin, 6. Sept. In einem Vorwort zu dem soeben erschienenen Jahrbuch des Norddeutschen Klond nimmt Geheimrat Stimming an den Problemen der deutschen Schiffahrtspolitik Stellung. Er weist darauf hin, daß die deutsche Handelsflotte eines weiteren Tonnageanwachses bedarf. Das nur vorläufig zum Abschluß gebrachte Wiederaufbauprogramm der Großreedereien dürfte eine Erweiterung erfahren, sobald die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse es einzuermögeln anstreben. In den Ausführungen Geheimrat Stimmings heißt es u. a.:

Die Bestrebung sei bestrebt, daß der Norddeutsche Klond sein vorläufiges Wiederaufbauprogramm im wesentlichen zum Abschluß bringe und sich durch Zusammenfassung seiner Kräfte innerlich stärken könne. Mit Benutzung festgehalten sei ferner, daß seit Ende des Jahres 1925 an der Lösung des Problems der Rückgabe des in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Eigentums an der die deutsche Schiffahrt in erheblichem Maße interessiert ist, ernst und mit Nachdruck und unter Festhalten an den traditionellen Ansprüchen von der Universalität des Privatentourismus auch im Kriege gearbeitet wird. An und für sich wäre der deutschen Schiffahrt bei dieser Lage der Dinge eine Lücke in Süden, um es ihr zu ermöglichen, vor weiteren Entwicklungen von größerer Tragweite innerlich noch weiter zu erstaufen, und völlige Klarheit hinsichtlich ihrer amerikanischen Ansprüche abzuwarten. Aus gelösten Aufgaben erwachsen aber in der heutigen Zeit zwangsläufig neue Probleme.

Schon das letzte Jahr hat der deutsche Schiffsverkehr nicht den Zusprung an Tonnage gebracht, der erforderlich gewesen wäre,

um sie bei Berücksichtigung des für Abschreibungen zu berichtigenden Betrags verhältnismäßig auf der Höhe zu halten. Diese Tatsache ist um so bedeutsamer, als die Notlage der in der Kriegszeit weit über die heutige Verhältnisnahmefähigkeit einwirkenden deutschen Werftindustrie hinreichend bekannt ist, und bei jeder wirtschaftlichen Planaufstellung heute der große Passionsberücksichtigung erheischt, der sich in den gewaltigen Arbeitsschlacken ausdrückt. Doch es gelingen möglicherweise, die freiheitlich nicht allein von dem Willen und dem Egoismus der Reedereien abhängigen Voraussetzungen für praktische Voraussetzungen aus diesen Nebenkonditionen hinzugelangen, so um so bringender zu wünschen, daß die Erhaltung einer finanziell gesunden und technisch leistungsfähigen Werftindustrie ein Lebensintervall der deutschen Schiffahrt ist. Auf allen übrigen Gebieten, insbesondere in dem Verhältnis der Straftafel, werde noch anregenden Momenten leider noch vergeblich gesucht. Allerdings mehr als in dem internationalen Wettbewerb der Seeschiffahrt gelte das Wort: „Mach ich, so röste ich.“ Es werde die Richtung für weitere Entwicklungen weisen müssen.

Gedenksiegel am Grabe deutscher Marinesoldaten.

Kopenhagen, 6. Sept. Gestern fand auf dem Friedhof zu Skagen an der Gräberstätte der deutschen Marinesoldaten, die nach der Schlacht am Skagerrak als Leichen an der jü-

ländischen Küste an Land getrieben worden waren, eine Gedächtnissitzung statt, an der Abordnungen von dem zurzeit in Skagen befindlichen deutschen Geschwader, ferner ein Mitglied der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, der deutsche Konsul in Frederiksberg und zahlreiche Bewohner von Skagen teilnahmen. Der Kommandant des deutschen Geschwaders, Admiral Rommel, dankte der Stadt Skagen für die den deutschen Seeliegern gewährte Aufschätzung, sowie dem Bürgermeister von Skagen und dem Kommandanten des deutschen Kreuzers „Markgraf“ für die Teilnahme an der Feier. Rommel wünschte der deutschen Flotte bei dieser Lage der Dinge eine Lücke in Süden, um es ihr zu ermöglichen, vor weiteren Entwicklungen von größerer Tragweite innerlich noch weiter zu erstaufen, und völlige Klarheit hinsichtlich ihrer amerikanischen Ansprüche abzuwarten. Aus gelösten Aufgaben erwachsen aber in der heutigen Zeit zwangsläufig neue Probleme.

Der kleine Kreuzer „Emden“ als Schulschiff.

Eine Weltreise.

Berlin, 6. September. Der kleine Kreuzer „Emden“, das neuere und modernste Schiff unserer Marine, wird im nächsten Jahre der Marine als Schulschiff für die Heranbildung des Offiziers- und Unteroffiziererstages dienen und dazu bereits Mitte November d. J. eine Weltreise antreten, die das Schiff über Teneriffa und die Ostküste von Afrika nach Niederländisch-Indien, Japan und Hafen der nord- und südamerikanischen Westküste führen wird. Die Weltreise erfolgt im Frühjahr 1928 über die großen Antillen und Azoren.

Wieder drüsches Goldgeld?

Dr. Reinholts geheimnisvolles Dresdner Abenteuer.

Berlin, 6. September. Die Worte in den Dresdner Ausführungen Dr. Reinholts, daß für das Reich ein Ereignis bevorstehe, das den sicherer Beweis bleite, für wie gesichert man im Auslande die deutsche Währung ansieht, wurden an der heutigen Presse verschiedenen ausgedehnt. Die einen wollen daraus die Ankündigung einer großen internationalem Anleihe auf Mark- und Dollar-Basis entnehmen, andere meinen, daß Dr. Reinhold damit die Aussage von deutschem Meichseln in Gold ankündigen wollte. Auch hat Präsident Dr. Schach vor einiger Zeit eine derartige Währung der Reichsbank noch dementiert, aber inzwischen ist bekanntgeworden, daß die Reichsbank größere Goldbestände aufgekauft und nach Berlin gelegt hat. In diesem Bannkreis jedenfalls glaubt man, daß die Reichsbank bei ihrem heutigen Bekannt jedermann Goldmünzen in genügender Menge prägen könnte.

Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungs-Programms.

Berlin, 6. Sept. Der Plan des erweiterten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung soll in den nächsten Tagen vom Reichsministerium so weit fertiggestellt werden, daß er dem Kabinett und dem Reichsrat angenommen kann. Die neuen Vorschläge gehen u. a. auf die Erfahrungen ein, die mit neu errichteten Straßendekken und Chausseeanlagen auf Versuchsstrecken gemacht wurden und berücksichtigen besonders den Bau von Überlandstrassen.

Wie die „Voss. Zeit.“ meldet, hat das Reichskabinett ein Gehege über die Abreitung von Beamten bezüglich zum Heimstättenebau angenommen. Es handelt sich um die Beschaffung von Mitteln für die Beamtenförderung durch ein freiwilliges Sparverschafft im Wege des Gehaltsabzuges.

Die Wirren in Spanien.

Widersprechende Berichte über die Lage.

Madrid, 6. Sept. Die Verschärfung des Konflikts zwischen Primo de Rivera und den Artillerieregimenten, die zur Auslösung aller Artillerieoffiziere aus dem Heere und der Verhängung des Belagerungsstandes geführt hat, hat keine weiteren Unruhen ausgelöst. In Madrid und in ganz Spanien herrscht vollkommene Ruhe. Zur Aburteilung der Kampfschulden wird ein Kriegsgericht zusammengetreten. Die Besoldung ist an den Vorräumen überall unbeeinflußt. Außer der Artillerie sind alle Regierungskreisen regierungssicher.

Doch diese aus Regierungskreisen kommende Meldung eben wegen ihres Ursprungs nicht Anspruch auf unbedingte Glaubwürdigkeit erheben kann, zeigt eine Reihe anderslauender Nachrichten, die von der spanischen Grenze über Paris kommen und die Lage in Spanien wesentlich anders schildern.

Nach einer von Havas veröffentlichten Meldung aus Corbera ist es schwer, von den aus Spanien eintreffenden Leidenden bestimmte Nachrichten über die Lage zu erhalten. Die telegraphischen Verbindungen seien vollkommen unterbrochen. Die heute vormittag ankommandierten Befehle berichten nichts über die militärische Bewegung, nach Nachrichten aus autorisierte Quelle sei sie aber in allen Artillerie-Regimenten allgemein.

„Journal des Débats“ meldet aus Hendaye auf Grund von Auslagen Reisenden, die aus Madrid und der Provinz Asturien dort eingetroffen sind, es sei nicht zweifelhaft, daß der Konflikt mit den Offizieren des Artillerieregiments durch das Regime Primo de Riveras, der nach einigem Schwanken seine Vorschläge zurückgezogen habe, bedeutend verschärft sei. Die Offiziere seien zum Rückstand entflohen und wollten ihre Kommandostellen behalten. Sie rechneten hierbei auf die Unterstützung der Unteroffiziere. Die Direktoren und das Personal der Waffenfabriken von Oviedo und Teruel sollen die Waffenfabriken organisiert und mit Maschinengewehren und Panzerwagen ein verchanztes Feldlager bereitstellen haben. Zweifellos habe Primo de Rivera den Belagerungsstandstand verhängt, um eine Verbindung sämtlicher Waffengattungen zu verhindern.

Der Gewährsmann des „Journal des Débats“ erklärt, er habe Gelegenheit gehabt, die Ereignisse mit einer Personlichkeit des Hofes zu besprechen. Danach soll sich König Alfonso bereits seit einigen Wochen über den Ernst der Lage klar gewesen sein. Die Schnelligkeit jedoch, mit der der Konflikt sich verschärft habe, habe ihn überrascht. Es sei verständlich, daß er General Primo de Rivera so lange halten wolle, als er für ihn keinen Nachfolger finden könne, der das Vertrauen sämtlicher Waffengattungen besitzt. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge wisse man nicht, wer die Rolle des Friedensstifters übernehmen könne.

Blutiger Zusammenstoß in Pampluna.

Paris, 6. September. Wie Havas aus Madrid meldet, erklärte Primo de Rivera einem Pressevertreter, daß es in Pampluna bei der Aufforderung an das dortige Artillerieregiment, sich zu unterwerfen, zu einem blutigen Einfall gekommen sei, in dessen Verlauf ein Lieutenant und ein Soldat getötet und ein Sergeant und ein Soldat verwundet worden seien. Morgen findet, wie General Primo de Rivera hinzufügte, unter dem Vorstoss des Königs ein Ministerrat statt, der unabdingbar von den aeronautischen Maßnahmen, die Regierungsmahnmahmen festlegen wird, die gegen diejenigen, die sich außerhalb der Befehle gestellt haben, zur Anwendung kommen sollen. (W. T. B.)

Alle Militärvorläufer zurückgerufen.

Paris, 6. Sept. Nach der „Information“ sollen sämtliche Munitionsfabriken und Arsenale in Spanien unter vollständig neuer Leitung gestellt werden. Jeder Urlaub wurde aufgehoben und die beurlaubten Militärpersonen wurden zurückgerufen. (W. T. B.)

Die Regierung beherrscht die Lage.

London, 6. Sept. Englische Korrespondenten berichten von der spanisch-französischen Grenze, daß die Lage weiter ernst sei und sprechen von einem schweren Aufstand. Die Bilbaoer Zeitung „El Pueblo vasco“ ist beschlagnahmt worden. Nach den in London eintreffenden Nachrichten ist die Zensur in Spanien strenger denn je. Offizielle Berichte aus Madrid melden, daß die Regierung Herr der Lage sei.

Die neuen Intrigen gegen Deutschland in Genf.

Genf, 6. Sept. Der Kampf um die Befreiung der Baltische und die gleichzeitige oder wenigstens unmittelbar auf die deutsche Aufnahme folgende Aufnahme Polens in den Rat wird mit unverminderter Energie in Genf ausgeschlagen. Die erste Phase begann unmittelbar nach der Abreise der deutschen Delegation v. Hoch und Gauß aus Genf. Beide waren mit dem Eindruck abgereist, daß die deutsche Delegation unter Führung Stresemanns Gelegenheit haben würde, im Völkerbund an den Beratungen der Volksversammlung über das Projekt der Studienkommission teilzunehmen. Aber bereits am Sonnabend verlor Briand in geheimer Ratsversammlung lediglich mit Erfolg seine These durchzusetzen, daß gleichzeitig mit dem Beschuß über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die Schaffung der drei neuen wiedergewählbaren Säige vorgenommen werden soll. Gegen einen Vorschlag Briands, der von fast allen Rotationsgliedern unterstützt wurde, erhob der frühere schwedische Außenminister und den heiligen Protest und, obgleich er seinerseits die Unterstützung des belgischen Außenministers Vandervelde fand, drang er mit seiner Anschauung nicht durch. So kam es denn dazu, daß die Volksversammlung in ihrer heutigen Sitzung sich entschloß, gleichzeitig über die Aufnahme Deutschlands und über die Schaffung der drei wiedergewählbaren Säige zu beraten und zu beschließen.

Weiter verlautet, daß bereits Ende der Woche an die Belebung der nichtstädtischen Märsche

herangezogen werden wird, um es Polen zu ermöglichen, sich gleichzeitig mit Deutschland in den Völkerbund einzutreten. Briand wird es somit gelingen, seine These, die er bereits im März mit allem Nachdruck vertreten, aufzuhoben und die Befreiung der deutschen Regierung, das vor ihrem Eintritt in den Völkerbund der Rat nicht mobiliert werden darf, wird somit nicht erfüllt sein. Wenn Stresemann in Genf eintrifft und seinen Platz in der Volksversammlung einnimmt, wird er sich festen Beschlüssen der Volksversammlung über die Umgestaltung des Rates gegenüber, an denen es nichts mehr ändern kann. So wird die These der deutschen Delegation, daß der Volksversammlung volle Wahlfreiheit bei der Umgestaltung des Rates gewährt werden müsse, nicht aufrecht erhalten sein. Neben den Beschlüssen der Volksversammlung hängt allerdings noch immer das Damoklesschwert des schwedischen Vorsitzes, nur unter der Voraussetzung, daß das Projekt der Studienkommission zugestimmt, daß es die Kritik des Völkerbundes in gänzlicher Weise löse. Mit Bestimmtheit verlautet, daß die schwedische Regierung in der Volksversammlung vom Mittwoch

einen formellen Protest gegen das Projekt der Studienkommission einlegen wird und daß sie bei dieser Gelegenheit von Norwegen, Dänemark, Finnland und Holland auf das energetische Interesse verzichten wird. Die schwedische Regierung beabsichtigt hierbei, zu erklären, daß das Projekt der Studienkommission nach der Annäherung Spaniens von dem Völkerbund zwecklos geworden sei und der politischen Situation infolgedessen nicht mehr entkräften.

Es wäre wünshenswert, daß die Reichsregierung sich noch in letzter Stunde entschließe, nach Genf einen diplomatischen Vertreter und Beobachter zu entsenden, der ihr über die Vorgänge in Genf eingehend berichten könnte, ehe es zu spät ist. Abschließend ist hervorzuheben, daß noch einige andere Staaten in leichter Stunde ihre Kandidaturen auf wiedergewählbare nichtstädtische Plätze aufgestellt haben, so u. a. Südafrika, das von Holland unterstützt wird, und Portugal, das auf die Unterstützung der nordamerikanischen Staaten und Englands rechnen kann. So bestehen denn im Augenblick im Völkerbund folgende Kandidaturen: Belgien, Polen, Kanada, China, Südafrika, Portugal und eventuell ein Staat der Kleinen Entente.

Bor einem Vergleich zwischen Preußen und Hohenzollern.

Berlin, 6. Sept. Wie eine bissige Korrespondenz meldet, wird sich der Preußische Landtag auf Grund der neuen Vorschläge und des inzwischen stattgefundenen schriftlichen Meinungs austauschs voraussichtlich noch vor der allgemeinen Reichstagswahl am 28. September entscheiden. Der Abstand zwischen den einzelnen Parteien ist so groß, daß eine Einigung in der Hoffnung steht, die vorzeitige Eröffnung der Volksversammlung zu verhindern. Man hält beiderseits eine endgültige Vereinbarung, die sich auf die von beiden Seiten gemachten Angeständnisse stützt, für vorteilhafter, als wenn es nötig wäre, im Verlauf eines Reichstagses ohne Rücksicht auf die nichtstädtischen Besprechungen die ganze sehr verwickelte Frage erneut zu behandeln. Man hofft, für die jetzt vorliegenden Vorschläge im Landtag eine Mehrheit zu finden, die gewillt wäre, für die schnelle Durchführung der Abstimmungsregelung einzutreten.

Die Politik der Deutschen Volkspartei.

Sigmaringen, 6. September. Die preußische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt eine Fortsetzung ab, zu der auch die süddeutsche Fraktionen der Partei Vertreter entsandt hatten. Vorsitzender Dr. v. Campe und Abg. Dr. Leidig erhielten den politischen Bericht. Die rege Ausdrucks erzielte vollige Zustimmung der Fraktion an den politischen Beschlüssen des Parteivorstandes und des Reichstagsausschusses. Insbesondere wurde betont, daß die Landtagsfraktion geschlossen zu der Außenpolitik des Parteivorsitzenden Dr. Stresemann steht. Beurkundet wurde die Einberufung einer Konferenz aller Landtagsfraktionen des Reiches, die am 30. d. M. in Köln stattfinden wird. Dabei sollen Fragen der Staatsverwaltung und des Finanzausgleichs behandelt werden.

Stommerienrat Röchling †.

(Durch Funksturz) Berlin, 6. September. Wie das „Aktuhrabendblatt“ am Saarbrücken meldet, ist heute vormittag der Großindustrielle Stommerienrat von d. St. Röchling im Alter von 62 Jahren einem Herzschlag erlegen.

Neuer Angriff auf Damaskus.

Paris, 6. Sept. Wie dem „New York Herald“ am Sonntag berichtet, ist Damaskus gestern früh von 500 arabischen Soldaten überfallen und geplündert worden, die in die Stadt eindrangen, aber nach zweistündigem Kampf daraus vertrieben wurden. Dabei sollen 40 Personen getötet worden sein, darunter drei französische Soldaten und einige Bewohner der Stadt.

Cooks unzulängliche Vertretung der Arbeiterinteressen.

London, 6. Sept. Hamilton Gove, der vor einigen Tagen den Posten eines Redakteurs in dem Arbeiterblatt „Daily Herald“ übergegangen ist, veröffentlichte im „Sunday Express“ einen scharfen Angriff gegen den Chef der Bergarbeiterverbandes Cook, worin er ausführt, alle Verhandlungen, die jetzt bevorstanden, hätten schon vor Monaten begonnen werden sollen. Daß dies nicht geschehen sei, habe seinen Grund darin, daß die Bergleute im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften die Vertretung ihrer Angelegenheiten in die Hände unzulänglicher Peone gelegt hätten. Cook habe nicht aus Absicht aber aus Mangel an klarem Blick die Sache der Bergleute und Gewerkschaften verraten. Aller Mut und alle nationale Opferwilligkeit der Bergleute seien vergebens gewesen. (W.T.B.)